

BUCHBESPRECHUNGEN

Katja Gesche, Kultur als Instrument der Außenpolitik totalitärer Staaten. Das Deutsche Ausland-Institut 1933–1945, Köln: Böhlau Verlag 2006, 416 Seiten.

Rezensiert von
Frank-Rutger Hausmann, Freiburg

Die einzige aus den Quellen gearbeitete Studie zum Deutschen Ausland-Institut (DAI) in Stuttgart stammt aus dem Jahr 1976.¹ In der Zwischenzeit sind im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung die Aktenbestände aus der Zeit des ‚Dritten Reiches‘ in den diversen Bundesarchiven allgemein zugänglich geworden. Dies hat das Erscheinen einer Reihe von quellengesättigten und methodengestützten Untersuchungen zu verschiedenen staatlichen wie zwischenstaatlichen kulturellen Einrichtungen befördert, die sich mit der nationalsozialistischen Volkstumspolitik² bzw. der Instrumentalisierung der deutschen Kultur im Ausland vor und im Zweiten Weltkrieg befassen. Genauer behandelt wurden das Ahnenerbe e.V. der SS³, die Deutsche Akademie in München⁴, die Deutsche Auslandswissenschaftliche Fakultät in Berlin⁵, die Deutschen Wissenschaftlichen Institute in diversen europäischen Hauptstädten⁶, die Europäische Schriftstellervereinigung in Weimar⁷, das Iberoamerikanisches In-

stitut Berlin⁸, um nur die wichtigsten zu nennen. Man durfte also gespannt sein, in welche Richtung die neue Studie von Katja Gesche zum DAI, eine Stuttgarter politikwissenschaftliche Dissertation, weisen würde.

Die Aufgaben des DAI waren bei seiner Gründung im Jahr 1917 in einer Satzung festgelegt worden und betrafen im wesentlichen zwei Punkte: „1. Dem Auslandsdeutschtum und der Verbindung zwischen Ausland und Heimat zu dienen und seine Interessen zu fördern; 2. Auslandskunde zu verbreiten“. Diesen Zwecken sollte das DAI durch Veröffentlichungen und Vorträge, eine Auskunfts- und Vermittlungsstelle, ein Archiv, eine Bücherei und ein Museum dienen. Informationsbedarf bestand trotz Ritters einlässlicher Recherchen noch im Hinblick auf die informativen und propagandistischen Aktivitäten des DAI und sein networking mit vergleichbaren Einrichtungen, vor allem mit der Auslands-Organisation der NSDAP (AO) unter Gauleiter Ernst Wilhelm Bohle. Zwar sollte sich die AO eigentlich nur um deutsche Staatsbürger im Ausland kümmern (etwa 500.000), doch bildeten die 10 bis 20 Millionen Deutschstämmigen, die sich durch die im Vertrag von Versailles festgelegten Grenzveränderungen vor allem in Osteuropa mit fremdem Paß, aber deutscher Volks- und Kulturzugehörigkeit wiederfanden, eine große Herausforderung. Derartige Fragen interessieren Katja Ge-

sche jedoch nicht. Der Leser erfährt weder etwas Neues zur Geschichte des DAI noch zur damaligen Volkstumspolitik. Diesbezüglich schreibt die Verfasserin die Studien von Ritter, Fahlbusch⁹, Nachtmann¹⁰ und vor allem Scholten¹¹ aus. Ihr geht es um etwas ganz anderes, um die Anwendung konstruktivistischer Theorien auf die nationalsozialistische Kulturpolitik. „Die konstruktivistischen Theorien nehmen an, dass Interessen und Präferenzen von den handelnden Akteuren selbst im gegenseitigen Austausch mit der sozialen Umwelt konstruiert werden und die Internalisierung von Normen das Akteurshandeln anleiten“ (S. 12). Je stärker eine Norm internalisiert wird, so lautet die Hypothese, desto mehr ist das jeweilige Verhalten normgeleitet und nicht von reinen Machtinteressen bestimmt. Die Verfasserin konstruiert einen Gegensatz zwischen normativem und zweckrationalem Handeln. Sie verwendet Zweidrittel ihrer Dissertation darauf, einen Katalog von neun Normen zu erstellen (S. 190), die zum Inhalt haben, die kulturelle und rassische Überlegenheit des Deutschtums zu unterstreichen, Zusammenarbeit mit rassisches gleichwertigen Völkern zu privilegieren, die Eigenständigkeit des deutschen Volkstums zu fördern, den Nationalsozialismus zu stärken, den deutschen Kultur- und Machteinfluß zu mehren, antimodernistisch, antisemitisch und antibolschewistisch orientiert zu sein und einem Blut- und Boden-Ideal zu huldigen. Als Ergebnis wird festgehalten (S. 67), daß die Spitze des DAI sich mal pragmatisch verhielt, wenn es galt, ihren Einfluß zu sichern, mal normenkonform, wo das NS-Regime dies unbedingt forderte. Das ist nun nicht weiter überraschend,

denn der NS-Staat war bekanntlich polykratisch, da Hitler sich vorzugsweise für Außen- und Militärpolitik interessierte und die übrigen Bereiche seinen Paladinen überließ, um im Streitfall als quasi-neutraler Schlichter ein Machtwort zu sprechen. Das DAI war nur eine von zahlreichen ähnlichen Einrichtungen ohne nennenswerten Einfluß. Die Ergebnisse sind daher den argumentatorischen Aufwand nicht wert, zumal die Normen aus fremden Studien herausdestilliert und nicht aus eigener Forschungsarbeit gewonnen wurden. Der NS-Staat war bekanntlich eine Mischung aus Normen- und Maßnahmenstaat, in dem die Normen (Gesetze) durch immer neue Maßnahmen und Verordnungen ad hoc konterkariert werden konnten, die den jeweiligen Entwicklungen des NS-Staates Rechnung trugen. Hitlers Kabinett und der Reichstag traten nur sporadisch zusammen, betrieben weder eine planvolle Politik noch gab es eine parlamentarische Kontrolle.

Der juristische Normbegriff ist hier jedoch offenbar nicht gemeint: es geht der Verfasserin um festgefügte Ideologeme des Nationalsozialismus, die Hitler in *Mein Kampf* formuliert hatte und nach der Machtergreifung in die Tat umsetzte und denen sie normativen Charakter zu-mißt. In der hier gebotenen Form wirken sie altbekannt. Das wäre nicht weiter störend, wenn die Verfasserin ihre ‚Normen‘ statistisch durch Verlautbarungen der wichtigsten NS-Führer bzw. durch Analysen der vom DAI ausgegebenen Publikationen und der von ihm durchgeführten Veranstaltungen ermittelt und abgesichert hätte, aber dem ist nicht so. Hierbei wäre übrigens länderspezifisch und in chrono-

logischen Schichtungen vorzugehen gewesen, da z. B. die deutsche Außenpolitik immer wieder ihre Zielvorgaben änderte, man denke an die Beziehungen zu Italien, Frankreich, Großbritannien, Polen, die Tschechoslowakei oder die Sowjetunion, die mal positiv, mal negativ betrachtet wurden. Auch wenn Katja Gesche an die Bedeutung ihrer Untersuchung glaubt und sich selber Lob spendet, steht zu befürchten, daß sich ihre neue Methode, die Bekanntes in Schaubilder und Statistiken preßt und in einer höchst unbeholfenen Sprache, die mit den Grammatik- und Stilregeln auf Kriegsfuß steht, analysiert, nicht durchsetzt. Das klingt wie folgt: „Diese Arbeit hat gezeigt, dass über den Nationalsozialismus noch lange nicht alles geschrieben wurde. Es wurde ein aus den Theorien der Internationalen Beziehungen stammender neuer Blickwinkel auf die kulturpolitischen Tätigkeiten des Dritten Reiches geworfen, der, so hofft die Autorin, nicht nur die Anwendbarkeit des Konstruktivismus auf ein historisches Fallbeispiel beweist, sondern ebenso belegt, wie überraschend komplex und vielfältig die inneren Prozesse eines auf den ersten Blick vermeintlich monolithischen Gebildes wie dem Dritten Reich abliefen – und welche motivierenden Faktoren bei diesen Prozessen eine Rolle spielten“ (S. 403). Dies ist nur ein Zitat von vielen, und ihre Summe läßt nur den Schluß zu, daß Doktorvater, Zweitkorrektor und Verlagslektorat ihren Pflichten nicht nachgekommen sind. Das DAI hatte, wie verwandte Institutionen auch, in erster Linie kulturpolitische Funktionen, die den Einfluß des NS-Staates im In- und Ausland mehrten und festigen sollten. Daß dies nur im Rahmen der sog. Gleich-

schaltung möglich war, mußte nicht mehr bewiesen werden. Wie dieser Prozeß im einzelnen ablief, wäre allerdings zu präzisieren gewesen. Welch umfangreiches Quellenmaterial zur Verfügung steht, wie eine aktualisierte Bibliographie aussieht oder wie Sach- und Namensindices angefertigt werden, kann man beispielsweise Tammo Luthers Studie entnehmen (S. 179-186). Der vorliegenden Arbeit wäre ein Mehr an faktischen Analysen und ein Weniger an theoretischem Aufwand gut bekommen. Sie geht von einem rationalistischen Konzept der ‚Internationalen Politik‘ aus, das sich im NS-Staat nur in Ansätzen nachweisen läßt. Sicherlich, „eine Gesamtdarstellung der auswärtigen Kulturpolitik im Dritten Reich steht [...] weiterhin aus“ (S. 12). Angesichts unklarer Kompetenzen, fehlender Planungen und willkürlicher Entscheidungen Hitlers und seiner Minister ist diese Gesamtdarstellung jedoch kaum zu schreiben. Allerdings sind punktuelle Untersuchungen zu einzelnen Einrichtungen der nationalsozialistischen Kulturpolitik sinnvoll und wichtig. Die bis jetzt vorliegenden erlauben es durchaus, das Wechselspiel der Akteure des damaligen Kulturgeschehens (die Ministerien für Volksaufklärung und Propaganda, für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, für Inneres, das Auswärtige Amt, das Amt Rosenberg, das Ahnenerbe e.V. der SS, die Auslandsorganisation der NSDAP usw.) nachzuzeichnen und zu analysieren. Die vorliegende Untersuchung ist dabei leider nicht besonders hilfreich.

Anmerkungen:

- 1 E. Ritter, Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945. Ein Beispiel deutscher

- Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976.
- 2 T. Luther, Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933–1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalisten, Stuttgart 2004.
 - 3 M. Kater, Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, München 2006.
 - 4 E. Michels, Von der Deutschen Akademie zum Goethe-Institut. Sprach- und auswärtige Kulturpolitik 1923–1960, München 2005.
 - 5 G. Botsch, „Politische Wissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Deutschen Auslandswissenschaften“ im Einsatz 1940–1945, Paderborn 2006.
 - 6 F.-R. Hausmann, „Auch im Krieg schweigen die Musen nicht“. Die Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 22002.
 - 7 F.-R. Hausmann, „Dichte, Dichter, tage nicht!“ Die Europäische Schriftsteller-Vereinigung in Weimar 1941–1948, Frankfurt am Main 2004.
 - 8 R. Liehr, G. Maihold, G. Vollmer (Hrsg.), Ein Institut und sein General. Wilhelm Faupel und das Ibero-Amerikanische Institut in der Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2003.
 - 9 M. Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die ‚Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften‘ von 1931–1945, Baden-Baden 1999.
 - 10 W. Nachtmann, Karl Strölin. Stuttgarter Oberbürgermeister im „Führerstaat“, Stuttgart 1995.
 - 11 D. Scholten, Sprachverbreitungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands, Frankfurt am Main 2000.

Martin Lynn (Hg.), The British Empire in the 1950s. Retreat or Revival, Basingstoke: Palgrave Mac-Millan 2006, 242 Seiten.

Rezensiert von
Anne Friedrichs, Leipzig

Könnte man die Fortdauer imperialer Strukturen an ihrer diskursiven Aktualisierung messen, dann hätte das britische Empire bis heute wohl kaum an seiner Bedeutung verloren: Die Diskursproduktion jedenfalls boomt auch nach dem politischen Zerfall jenes Imperiums, der sich – folgt man den einleitenden Worten des Bandes – ab dem Zweiten Weltkrieg wenn auch mit rückläufigen Momenten vollzogen habe.

Retreat or Revival – Rückzug oder Wiederbelebung des britischen Empire nach dem Zweiten Weltkrieg bildet auch die leitende Frage des vorliegenden Tagungsbandes, der auf das Wiles Kolloquium an der Queen's University of Belfast zurückgeht. Zur Beantwortung dieser Frage – so erfährt man in der synthetisierenden Einleitung – soll die zeitgenössische Perspektive der Akteure auf die damals noch keineswegs eindeutigen Verfallsprozesse des Imperiums gegenüber der rückblickenden Sicht des Historikers stark gemacht werden. Als gemeinsamer Ausgangspunkt wurde dazu die bislang wenig untersuchte Dekade der 1950er Jahre gewählt, die der Herausgeber Martin Lynn vom Regierungsantritt der Konservativen 1951 bis 1959, dem Beginn der rapiden Dekolonisierung unter dem Staatssekretär für die Kolonien Iain Mac-